

Friedensgespräche gescheitert

Am zweiten Verhandlungstag gescheitert sind die Friedensgespräche zwischen der philippinischen Regierung und der linksgerichteten Nationalen Demokratischen Front (NDF), der auch die Rebellenarmee NPA angehört. Die Gespräche am 26. Juni in Brüssel drehten sich offenbar ausschließlich um die Forderung der NDF, den inhaftierten Rebellenführer Sotero Llamas freizulassen, da er als offizielles Delegationsmitglied für die Brüsseler Gespräche aufgelistet sei. Nachdem die Regierung die seit Wochen geforderte Freilassung Llamas zum wiederholten Male ablehnte, fanden sich die NDF-Unterhändler am zweiten Verhandlungstag nicht mehr ein. Die Regierungsdelegation verkündete

daraufhin den Abbruch der Gespräche.

Seither beschuldigen sich beide Seiten, den Friedensprozess zu blockieren. Präsident Fidel Ramos erklärte sich zwar grundsätzlich zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit, verfügte aber im Juli, daß künftige Gespräche nur noch auf philippinischem Boden stattfinden sollen. Dies lehnt die NDF aus Sicherheitsgründen strikt ab. Der in den Niederlanden lebende Chef der verbotenen Kommunistischen Partei der Philippinen, Jose Maria Sison, erklärte inzwischen, seine Organisation habe keine Hoffnung mehr auf einen Frieden in der Amtszeit von Ramos, die bis 1998 dauert.

Vgl. ISND, Juli 95, UCA, 19.7., Reuters, 13.7.95

Chinesisches Manöver auf den Spratlys

Die Philippinen und China haben sich im Streit um die Spratly-Inseln auf einen gemeinsamen Verhaltenskodex geeinigt, um künftig militärische Konfrontationen zu vermeiden. Beide Seiten vereinbarten bei Verhandlungen in Manila Anfang August zudem eine Zusammenarbeit im Umweltschutz und in der Forschung auf der Inselgruppe. Keine Annäherung gab es in der Frage der Souveränität über die Spratlys. Wenige Wochen vor diesen Gesprächen hatte China noch für dieses Jahr ein Seemanöver im Gebiet der Spratly-Inseln angekündigt, bei dem laut Zeitungsberichten auch scharfe Munition benutzt werden soll. Peking und Manila hatten sich in den vergangenen Monaten wiederholt Provokationen auf den Spratlys geliefert und militärische Stärke demonstriert. Die philippinische Marine sprengte am 15. Juli – wie schon mehrmals zuvor – ein chinesisches Hoheitszeichen auf den Spratlys und kündigte an, nun ihrerseits vier Leuchttürme und mehrere philippinische Hoheitszeichen auf dem Archipel errichten zu wollen.

Vgl. Reuters, 11.8., dpa, 10.8.95, ISND, Juli 95, Reuters, 15.7., 13.7., 1.7.95

Deutsche Beamte gefordert

Zur Bekämpfung des Kindesmißbrauchs durch Sextouristen aus Deutschland sollen nach Ansicht der Kinderhilfsorganisation Terre des hommes deutsche Verbindungsbeamte vor Ort eingesetzt werden. Dadurch könnten die Ermittlungen verkürzt werden, die Chancen, daß es tatsächlich zur Anklage gegen Sextouristen komme, wären wesentlich höher. Terre des hommes verwies auf einen schwedischen Modellversuch in Thailand und den Philippinen, der gute Ergebnisse gezeigt habe. In den Philippinen wächst unterdessen die Empörung der Menschen über den sexuellen Mißbrauch von Kindern. Die Regierung setzte einen eigenen Ausschuß ein, der sich ausschließlich mit diesem Thema beschäftigt. Anfang August forderte dieser Ausschuß, den sexuellen Mißbrauch von Kindern mit der Todesstrafe zu ahnden. In Manila ermittelt die Polizei inzwischen gegen mehrere Reiseveranstalter, die offensichtlich gezielt Sextouren für Päderasten ausrichten, vor allem aus Japan, Europa und Australien.

Vgl. Reuters, 6.8., dpa, 7.8., AP, 7.8., 22.7.95

Neue Vorgespräche mit MNLF-Chef Misuari

Zu einem Vorbereitungs-treffen für weitere Friedensgespräche ist der Vorsitzende der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF), Nur Misuari, Ende Juni nach Mindanao gekommen. Misuari äußerte sich zuversichtlich, daß bei der nächsten Verhandlungsrunde in Jakarta ein Abkommen über eine weitreichende Autonomie für die 13 Provinzen und neun Städte der Moslems von Mindanao erreicht werden kann. Er wies vor allem auf die wirtschaftliche Bedeutung eines solchen Friedensabkommens hin. Auch Präsident Fidel Ramos sieht einen Frieden mit der MNLF in greifbarer Nähe und sagte als Folge einen Wirtschaftsboom auf Mindanao voraus. Sollten die Friedensverhandlungen scheitern, befürchten Regierung und MNLF eine Zunahme der Gewalt von seiten fundamentalistischer Splittergruppen wie der Abu Sayyaf, die einen Moslemstaat auf Mindanao fordern.

Vgl. ISND, Juli 95, Reuters, 26.7., 2.7.95

Tokio entschuldigt sich bei comfort women

Die japanische Regierung hat sich bei den sogenannten comfort women entschuldigt, die während des Zweiten Weltkriegs von den japanischen Besatzern zur Prostitution für die Soldaten gezwungen worden waren. Dies sei "unverzeihlich" sagte der japanische Regierungschef Tomiichi Murayama anlässlich der Einrichtung eines Privatfonds zur Entschädigung dieser Frauen. Nach Jahrzehnten des Schweigens hatte Japan erst kürzlich die Existenz dieser comfort women zugegeben, deren Zahl auf 200.000 geschätzt wird. Trotzdem lehnt Tokio nach wie vor eine individuelle Entschädigung der Frauen ab. Ihnen soll stattdessen durch den nun eingerichteten "Asiatischen Friedens- und Freundschaftsfonds für Frauen" geholfen werden. In den Fonds zahlen die japanische Regierung und japanische Privatleute ein. Wieviel Geld die einzelnen überlebenden Frauen erhalten sollen und wann dies geschehen soll, ist noch unklar.

Vgl. Reuters, 18.7.95

Kurzmeldungen

Die philippinische Armee soll nach dem Willen des Parlaments für **Milliardenbeträge** über die nächsten 15 Jahre **modernisiert** werden. Allein in den ersten fünf Jahren soll das Programm 1,9 Mrd. US\$ verschlingen. (ISND, Juli 95, FEER, 11.5.95)

Die philippinische Regierung plant offenbar den **Bau von Atomkraftwerken**. Präsident Fidel Ramos setzte eine Regierungskommission ein, die die Möglichkeiten der Nutzung von Atomkraft prüfen soll. (ISND, Juni 95)

Der **Sohn von Ex-Diktator Ferdinand Marcos** ist wegen Steuerhinterziehung zu neun Jahren Haft verurteilt worden. Ein Gericht in Quezon City befand ihn Ende Juli für schuldig, in den Jahren 1982 bis 1985 keine Steuern gezahlt zu haben. (Reuters, 3.8. AP, 31.7.95)

Eine **Schutzzone für Wale und Delphine** will die philippinische Regierung vor der Insel Bohol nördlich von Mindanao einrichten. In den philippinischen Gewässern leben derzeit noch 18 Walarten, doch die Zahl der Tiere nimmt immer weiter ab. (IPS, 5.7.95)

Präsident **Fidel Ramos** hat öffentlich über sein geringes Einkommen geklagt. Ihm bleibe nichts anderes übrig, als seine berufstätige Frau zu bitten, noch härter zu arbeiten, sagte Ramos. Im internationalen Vergleich ist der philippinische Präsident eines der Staatsoberhäupter mit dem geringsten Einkommen. Laut Verfassung liegt das Präsidentengehalt bei 300.000 Pesos oder 16.200 Mark im Jahr. (AFP, 28.6.95)

54 Filipinos sitzen inzwischen in der **Todeszelle**, doch die Politiker diskutieren noch immer darüber, wie diese Todesurteile vollstreckt werden sollen, da weder ein elektrischer Stuhl noch eine Gaskammer zur Hinrichtung von Verurteilten zur Verfügung stehe. (Reuters, 23.7.95)

Opus-Dei-Mann leitet Frauenkomitee

Der für seine erzkonservativen Ansichten bekannte Senator Francisco Tatad, der dem Opus Dei angehört, ist zum Vorsitzenden des Senatsausschusses für Frauenfragen ernannt worden. Oppositionspolitikerinnen und Frauenorganisationen legten scharfen Protest gegen diese Entscheidung ein. "Eine solche Ungeheuerlichkeit kann nur in den Philippinen passieren - daß ein Mann ein Frauenkomitee leitet", sagte eine Kritikerin. Tatad war einer der lautesten Gegner des Familienplanungsprogramms der Regierung. Am Tag seiner Ernennung zum Frauenausschußvorsitzenden kündigte er eine Gesetzesvorlage an, die es der Regierung verbieten solle, eine "Verhütungsmentalität" in der Bevölkerung zu propagieren. Er äußerte die Absicht, die philippinische Delegation bei der Weltfrauenkonferenz in Peking zu leiten.

Vgl. Reuter, 4.8.95

Schutz für Gastarbeiterinnen

Die philippinische Regierung hat unter dem wachsenden öffentlichen Druck Anfang Juni ein Gesetz zum Schutz philippinischer Arbeitsmigranten verabschiedet. Darin heißt es, die Arbeit im Ausland sei zwar eine Alternative zur Arbeitslosigkeit daheim, solle aber nur noch dann angetreten werden können, wenn der Schutz der Würde und Menschenrechte in dem jeweiligen Gastland gewährleistet sei. Zudem kündigte Präsident Fidel Ramos an, binnen fünf Jahre solle die Vermittlung von weiblichen Hausangestellten nach Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait, Bahrain, Oman und Katar ganz eingestellt werden. Eine Regierungskommission bereist derzeit die Golfregion und untersucht dort die Arbeitsbedingungen. Schätzungsweise 5-6 Mio. philippinische Frauen und Männer arbeiten im Ausland und überweisen jährlich etwa US\$ 4,5 Mrd. in die Heimat.

Vgl. IPS, 17.7.95, UCAN, 19.6.95

"Katholische Delegierte" für Peking

Ähnlich wie beim Kairoer Weltbevölkerungsgipfel vor zwei Jahren hat die katholische Bischofskonferenz der Philippinen Druck auf die Regierung ausgeübt, zur Pekinger Weltfrauenkonferenz im September nur solche philippinische Delegierte zu entsenden, die die Lehren der katholischen Kirche vertreten. Auf ihrer Tagung im Juli in Tagaytay beschrieben die Bischöfe ihre Idealdelegierte als eine Frau, die Abtreibung und alle Formen der Gewalt gegen Frauen ablehnt und für natürliche Familienplanung eintritt. Die philippinische Delegation bei der Pekinger Konferenz im September solle "die sehr positive Rolle der Frau als Lebensspenderin und Mutter hervorheben und gegen die Behauptung Position beziehen, daß die Familie und die Pflichten zu Hause der persönlichen Erfüllung im Wege steht", hieß es in der Erklärung.

Vgl. UCAN, 12.7.95

TFDP faktisch gespalten

Faktisch gespalten ist seit Mai die angesehene kirchliche Menschenrechtsorganisation Task Force Detainees of the Philippines (TFDP). Eine Generalversammlung von Delegierten von elf der 13 Regionalverbände setzte Mitte Mai in Bacolod den bisherigen Vorstand ab, darunter die Vorsitzende Schwester Mariani Dimaranan, der emeritierte Bischof Antonio Fortich sowie Bischof Julio Labayan, und wählte einen neuen Vorstand. Die Versammlung beschloß den Austritt der TFDP aus dem Dachverband der philippinischen Menschenrechtsorganisationen (PAHRA) und trat dem neuen, militanten Menschenrechtsbündnis KARAPATAN bei. Der abgesetzte Vorstand erklärte die Versammlung in Bacolod für nicht rechtens und die abgehaltenen Wahlen und Beschlüsse für null und nichtig. Damit gibt es de facto zwei Vorstände von TFDP und zwei Ideologien.

Vgl. Fisch und Vogel, August 1995, UCAN, 26.5.95

Streit um teuflisches Erdbeer-Kondom

An einem Kondom mit Fruchtgeschmack hat sich ein neuer Streit zwischen der katholischen Kirche und der

philippinischen Regierung entzündet. Die katholische Laienorganisation Couples for Christ forderte die Regierung auf, den Verkauf von Kondomen mit Fruchtgeschmack zu verbieten, da diese zum "pervertierten Sex" einladen. Bischof Jesus Varela, Vorsitzender der kirchlichen Familienkommission, nannte die Präservative "teuflisch". Der Hersteller verkaufte nach eigenen Angaben seit ihrer Einführung vor einem Jahr 2,5 Millionen Kondome mit Fruchtgeschmack und plant nun eine Erweiterung der Geschmackspalette um Schokolade und Mokka.

Vgl. Reuter, 12.7.95



Imelda verspricht dem Volk Geld

Imelda Marcos will das auf Geheimkonten in aller Welt lagernde Vermögen ihres verstorbenen Mannes aufspüren lassen und dem philippinischen Volk schenken. Sie werde eine private Beraterfirma beauftragen, eine vollständige Liste aller Konten und Vermögenswerte zu erstellen. Ihr Mann habe in seinem Testament einen großen Teil seines Vermögens dem philippinischen Volk hinterlassen, und diesen letzten Wunsch wolle sie ihm erfüllen. Die Summe sei groß genug, um die philippinischen Auslandsschulden in Höhe von 37 Mrd. US\$ ganz oder zum Teil abzutragen. Die philippinische Regierung schätzt, daß der Marcos-Clan in den 20 Jahren seiner Herrschaft ca. sieben Mrd. DM beiseite geschafft und auf Konten im Ausland deponiert hat.

Vgl. AFP, Reuter, 8.8.95

Börsenaufsicht niedergelegt

Nach mehreren Morddrohungen und drei Entführungsversuchen hat die Vorsitzende der philippinischen Börsenaufsichtsbehörde, Maricel Pascual Lopez, ihr Amt niederlegt. Die 33jährige Anwältin sagte am 30. Juni, sie wechsle zu einer Brokerfirma, da sie ein friedlicheres Leben führen wolle. Nach ihrer Amtsübernahme vor zwei Jahren hatte Maricel Lopez angekündigt, an der Börse von Manila solle unter ihrer Aufsicht Schluß sein mit Insidergeschäften und anderen unsauberen Machenschaften. Sie war bekannt für hartes Durchgreifen, und unter ihrer Amtsführung wurden erstmals in der philippinischen Geschichte ein Insidergeschäft aufgedeckt und die Verantwortlichen vor Gericht gebracht.

Vgl. Reuter, 7.7.95

Deutsche Banden in den Philippinen

Eine von Deutschen und Schweizern organisierte Bande soll in der Nähe Manilas einen Ring für Kinderprostitution betreiben. Diesen Vorwurf erhob der philippinische Senator Ernesto Herrera. Er forderte die Polizei auf, Berichten nachzugehen, wonach die Bande auf dem Gelände des

früheren US-Marinestützpunktes Subic Bay Kinder und Jugendliche als Prostituierte anwerbe und an Kunden vermittele. Beweise legte Herrera nicht vor. Er sagte aber, das Bundeskriminalamt ermittle in dem Fall, was das BKA jedoch dementierte.

Vgl. AP, 4.8., 18.7.95